Offener Brief an die
Mitglieder der Steiermärkischen
Landesregierung

Voitsberg, im November 2012

Sagt ja zu unserer Geburtenstation

Sehr geehrte Mitglieder unserer(?) Landesregierung!

Die Bezirksinitiative „Ja zu unserem LKH Voitsberg" war mehr als erfolgreich! Im Bezirk Voitsberg haben über 13.500 VoitsbergerInnen für den Erhalt der Geburtenstation und unser LKH unterschrieben. Ein deutliches Zeichen an alle Verantwortlichen und damit auch an Sie als Mitglieder der Landesregierung. Sie müssen nun die Forderungen der Voitsberger Bezirksinitiative in Ihrem Gremium behandeln. Bis Jänner zu warten, ist – trotz aller „Verwaltungskunstgriffe" wie Einspruchsfrist etc. - nicht notwendig, die Entscheidungen treffen Sie und nur Sie, und zwar für die Menschen!

Die Fakten geben uns recht, aber auch die Stimmung in der Voitsberger Bevölkerung – und das sind, auch wie wir, Ihre Wähler. Es gibt kein plausibles und nachvollziehbares Argument, welches belegt, dass die Schließung der Gebärstation zur Rettung des Landesbudgets der richtige Weg ist.

Kosteneinsparungen werden als Argument vorgeschoben, wobei die Geburtenabteilung des LKH Voitsberg nur rund 0,4% der Gesamtausgaben der KAGES ausmachen. Auch kommt es nicht zu einer effektiven Einsparung – was hier geübt wird, ist nur eine Verlagerung der Kosten und dies auf dem Rücken der Betroffenen.

Es kristallisiert sich bereits jetzt heraus, was für jeden logisch denkenden Menschen klar war, dass über 90% der Schwangeren aus unserem Bezirk künftig zur Entbindung nach Graz an die Frauenklinik fahren werden. Bereits die KAGES hat aber in internen Schreiben eingestanden, dass eine weitere Aufnahme von Gebärenden aus unserem Bezirk im LKH Graz die schon jetzt bestehenden Versorgungsnotlage weiter massiv verschlechtern und unweigerlich ein Aus- und Zubau und eine Dienstpostenvermehrung am Klinikum Graz erforderlich ist. Wo bleibt hier die Einsparung?

Andererseits soll eine vollfunktionierende, kostengünstige und bestens ausgestattete Abteilung in Voitsberg geschlossen werden. Eine Station, die zur regionalen Versorgung unentbehrlich ist und wo im Jahr über 400 zufriedene Gebärende betreut werden.

Sollte nicht im Rahmen der Demokratie der Wille der Bevölkerung zählen und sollten Sie als Volksvertreter nicht danach trachten, diesen umzusetzen? In den Namen unserer Großparteien sind ja die Begriffe „Volk" und - in meiner - der der „Demokratie" deutlich verankert. Wo bleibt da dann das Volksrecht?

Wir Initiatoren der Bezirksinitiative werden weiter für unser LKH einstehen, denn eines steht fest: Die Ausgliederung der Geburtshilflichen Station und Einrichtung einer Gynäkologischen Tagesklinik stellt für die Bevölkerung einen massiven Rückschritt in der medizinischen Grundversorgung dar.

Es ist ja kein Geheimnis, dass von Betriebsberatern jenes Ergebnis präsentiert wird, welches vorgegeben wird. Einer, der sich da auskennt: *Ich kenne das aus meiner Zeit bei der Berglandmilch, wo die Berater die Molkerei in Voitsberg mit aller Gewalt schließen wollten.*

Wir dürfen Ihnen aber auch den Brief einer Betroffenen zur Kenntnis bringen, die unter dem Titel *„Einen Moment hielt der Himmel den Atem an… und ein neuer Stern erstrahlte*", schreibt:

„Im August 2008 saß ich in der 30. Woche schwanger im Büro und bekam aus heiterem Himmel starke Blutungen. 20 Minuten später kam mein Sohn in Voitsberg nach einem Notkaiserschnitt auf die Welt. Als die Voitsberger Ärzte meinen Zustand sahen – ich und mein Kind befanden sich in Lebensgefahr- reagierten sie sofort und professionell, das gesamte OP-Team war binnen Sekunden Einsatz bereit und jeder Handgriff saß. Der Hubschrauber aus Graz mit dem Neonatologen ist bereits gelandet, als mein Sohn geboren war. Nun ist mein Sohn 4 Jahre alt, er war 1.480 Gramm schwer, verbrachte noch weitere 7 Wochen auf der Neonatologie und er hat keine Spätfolgen von dieser Geburt davon getragen. Die gesamte Familie ist jeden Tag dankbar, dass wir dieses dramatische Ereignis so gut überstanden haben und nun ein normales Leben führen dürfen. Und ich weiß, dass ich dieses Glück nur dem guten Team und dem raschen Handeln im Voitsberger LKH zu verdanken habe! Wie würde dieser Fall im Jahre 2013 ausgehen? Würden wir beide sterben oder „nur" das Kind oder hätte unsere Familie mit den Widrigkeiten zu kämpfen ein behindertes Kind groß zu ziehen? Uns und unserer Familie ist diese Tragödie erspart geblieben. Gott sei Dank. Es gibt einige medizinische Bereiche, wo Minuten über Leben und Tod entscheiden, einer davon ist die Geburtshilfe, gerade hier ist die schnelle und kompetente Soforthilfe erforderlich. Dieser Faktor ist weder durch sofortigen Transport nach Deutschlandsberg noch durch Hubschrauberflüge nach Graz ans LKH Klinikum auszuschalten. Natürlich handelt es sich hierbei um Einzelschicksale, die in einer Statistik untergehen, jedoch auch für diese Fälle muss es die Möglichkeit geben, dass sie medizinisch versorgt werden können ohne dass die Gebärende noch das Neugeborene Schaden nimmt. Können die" behaupteten" Einsparungen diese einzelnen Unglücksfälle rechtfertigen?"

Das ist nur einer der Fälle - und recht hat unsere Briefschreiberin! Man kann die Wahrheit nicht einfach beiseite schieben, auch wenn der eine oder andere Pressesprecher permanent bemüht ist, Medien einzubremsen!

Nach wie vor gibt es ein mediales Nein des zuständigen Ressorts! Drei Mütter sitzen in der Landesregierung, sie alle haben Kinder - vielleicht halt in einem Sanatorium zur Welt gebracht - und ganz andere Zugänge zu diversen Einrichtungen als der Normalbürger.

Faktum ist, Graz ist mit Geburten überfordert! Geburten finden fast schon am Gang statt, große Investitionen sind damit notwendig. Unverständlich für uns ist der Lobbyismus Richtung D´Landsberg, nur weil ein Herr Primarius Dr. Hofmann dort seine „Zentrale" hat? Der Bezirk Voitsberg zählt ohnehin nicht zu den am besten unterstützten Bezirken der Steiermark, ich denke hier nicht nur an die LB70, und er hat vor allem keine gewichtigen Lobbyisten wie z.B. Bad Aussee.

Zur Situation: Reformpartnerschaft und Projekte erstellen hat zweifelsohne in vielen Bereichen seine guten Seiten, aber auf dem Weg dorthin sind wie auf jeder „Baustelle" selbstverständlich Evaluierungen und Änderungen notwendig – und man darf lernfähig sein (auch ich war das in der ÖDK – Frage) und nicht nur auf Beraterfirmen hören! Viele Faktoren wie Verkehrswege, Besuchsmöglichkeiten, vermehrtes Verkehrsaufkommen, verstärkte Rot Kreuz-Einsätze, Großinvestitionen und vor allem die Minimierung von „Schadens- und Statistikfällen" (wie kann man nur eiskalt solche Begriffe verwenden, wenn es um Menschenleben geht – oder sollte man gleich von „Kollateralschäden" sprechen?) gehören hinterfragt. Freilich - man kann Dinge auch stur, ohne Regung und menschenverachtend durchziehen!

Während ich Ihnen diesen Brief geschrieben habe, erreichte mich das Protokoll eines Gespräches des Herrn Prim. Dr. Hofmann mit Vertretern des LKH Voitsberg, das ich diesem Schreiben beilege. Der Inhalt ist erschreckend, man kann kaum glauben, dass es sich hier um Leute handelt, die den Eid des Hippokrates geleistet haben. Mit einer geradezu erstaunlichen Leichtfertigkeit wird hier ein einschneidendes Ereignis im Leben eines Menschen zu einem logistischem Thema, also einem Transportproblem herunter diskutiert. Ob man dieses "Sparmodell" als menschenverachtend, als fahrlässig oder schon von bedingtem Vorsatz getragen bezeichnen will, wenn hier ganz offen angesprochen wird, dass etwa in Notfall Situationen - andere dürfen in Voitsberg ja dann nicht mehr angenommen werden - das Leben der Frau zu retten und das des Kindes nachrangig ist, wenn man sehenden Auges Geburten im Rettungswagen riskiert und sich lang und breit darüber auslässt, welcher Notarztwagen von wo und wem "nachgefordert" wird, das will ich dem Einzelnen zur Beurteilung überlassen. Für mich ist solch eine Situation aber vor allem eines, nämlich skandalös und inakzeptabel.

Sie als Mitglieder der Landesregierung sind jetzt gefordert, diese Entscheidung zu überdenken und Vorschläge zu unterbreiten, wie und in welcher Form die Geburtenstation im LKH Voitsberg aufrecht erhalten werden kann. Dies geht durchaus aufgrund der Faktenlage ohne Gesichtsverlust! Der Eindruck, dass die Politik sich von der Bevölkerung entfernt, wird leider ohnehin immer größer.

Wenn darüber hinaus genug Geld für eine – sicher auch wichtige – Weltmeisterschaft da ist, wird man auch das nötige Geld für eine Geburtenstation aufbringen können. Damit ist man vielleicht nicht im Fernsehen, aber man kann für sich in Anspruch nehmen, etwas für die Menschlichkeit, in unserem Fall für Kinder und Mütter getan zu haben! Noch dazu etwas Vernünftiges und vor allem etwas, was auch in die Zukunft der Menschen investiert wäre!

Im Namen von zumindest(!) 13.510 Wahlberechtigten, im Bewusstsein, dass dieser Brief der Stadt, der Region und mir erhebliche Nachteile bringen kann, ich mich aber den Menschen in der Region mehr als verpflichtet fühle

Ernst Meixner

Ach ja, zum Thema Wagna aus Wagna auch eine Stellungnahme zum Protokoll: *Der Ernstfall sieht anders aus! Dr. Hofmann berichtete – laut Protokoll – dass es nach der Schließung der Geburtenabteilung am LKH Wagna keinerlei Probleme gegeben hätte. Das stimmt nicht! Mittlerweile gab es schon mehrere Geburten im Rettungswagen, auch mit der Beiziehung eines Notarztes. Neue Geburtsadressen sind nunmehr „Rettungswagen-Kärntnerstraße 44,Graz" oder „Rettungswagen, Landschabrücke,Wagna". Unsere Rettungsfahrer wollen wegen der unsicheren Verkehrsverhältnisse mit gebärenden Frauen nicht in das LKH Deutschlandsberg, sondern gleich nach Graz. Dort ist die Geburtenabteilung aber total überfüllt. (Franz Trampusch)*

Beilage(n) erwähnt